

Politische Soziologie und europäische Integration

Stefan Bernhard

1. Die Etablierung der Europasozio­logie

Noch vor zehn Jahren hatte Maurizio Bach allen Grund, das Desinteresse der Soziologie an der europäischen Integration zu bemängeln (Bach 2000a). Während sich Politik- und Wirtschaftswissenschaft bereits seit Jahrzehnten teils intensiv mit dem Zusammenwachsen des (west-)europäischen Kontinents befasst hatten, hielt sich die Soziologie lange zurück (Immerfall 2000). Damit setzte sich national ein Trend fort, der auch international beobachtet wurde (Delanty, Rumford 2005; Guiraudon, Favell 2007) und der insofern eine historische Dimension hat, als die Integrationsforschung von jeher nur relativ wenige »sozialwissenschaftliche« Ansätze kannte (Rieger 1995: 353). In der Literatur werden zwei Erklärungen für die lange Zeit zögerliche Annäherung der Soziologie an den Gegenstand angeführt. Der ersten Auffassung nach hatte die Soziologie ein grundlegendes Problem, weil sie kategorial auf den Nationalstaat fixiert gewesen sei. Dies reduziere die Wahrnehmung transnationaler Prozesse auf eine Komparatistik, bei der durch Vergleiche nationaler Institutionen und Entwicklungsverläufe zwar parallele Entwicklungen sichtbar werden könnten, Interdependenzen und auf neuer (transnationaler oder europäischer) Ebene angesiedelte Probleme allerdings systematisch unbeobachtet blieben. Am hörbarsten wurde diese Position von Ulrich Beck vorgetragen; mittlerweile ist sie aber zu einem Gemeinplatz der Europasozio­logie – und allgemeiner noch – der Transnationalisierungsforschung geworden (Beck, Grande 2004; Delhey, Kohler 2006; Münch, Büttner 2006; Pries 2008).

Der zweiten Auffassung nach erklärt sich die Zurückhaltung der Soziologie aus der Verfasstheit des Gegenstandes. Da sich Soziologie mit Gesellschaft befasse und die Anzeichen für eine Gesellschaftsformung jenseits des Nationalstaats fehlten, habe die Soziologie in der Integrationsforschung schlicht keine Aufgabe gehabt. Je mehr der Erfolg des elitengetriebenen Integrationsprozesses jedoch in alltägliche Abläufe, Interaktionen, Wahrnehmungen und Ähnliches eingreife, desto nötiger werde eine Soziologie der Europäisierung der Menschen in den europäischen Ländern (z.B. Mau 2007: 285; Verwiebe 2004: 39).

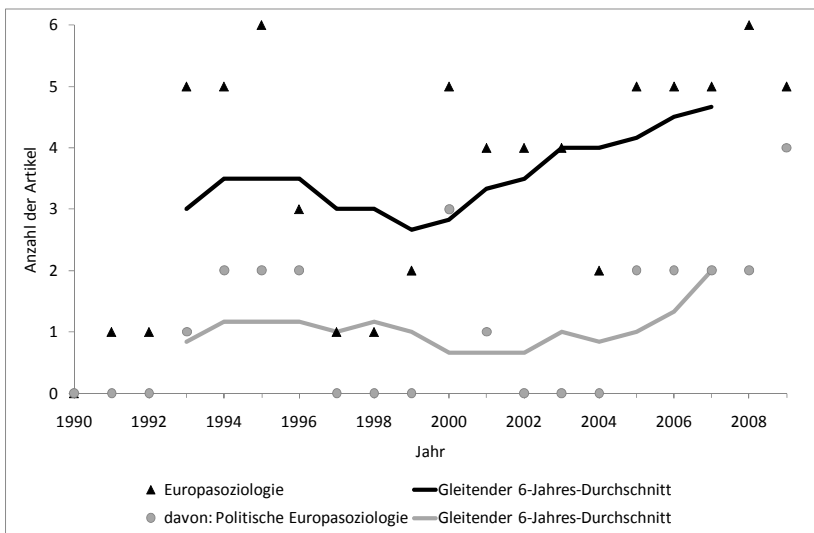
Ob es nun daran liegt, dass sich die Soziologie konzeptionell für einen neuen Untersuchungsgegenstand geöffnet hat, oder ob der Gegenstand mehr soziologischen Gehalt aufweist – in jedem Fall ist die Diskussion um die marginale Rolle der Soziologie in der Europaforschung nicht mehr angemessen. Im deutschsprachigen Raum hat sich im letzten Jahrzehnt eine Entwicklung vollzogen, bei der Soziologen aus allen Bereichen die Europaforschung für sich entdeckt haben. Ein Blick auf die einschlägigen Publikationen bestätigt dies. Abbildung 1 stellt die Zahl der Zeitschriftenartikel mit Europabezug in den Jahren 1990 bis 2009 in vier deutschsprachigen soziologischen Zeitschriften dar.¹

Die Abbildung zeigt drei Dinge. Erstens kann festgehalten werden, dass sich das Thema Europasozio­logie in den renommiertesten deutschsprachigen soziologischen Zeitschriften zunehmend etabliert. Der sechsjährige gleitende Durchschnitt weist eine klare Steigerungstendenz auf. Dabei ist die Zahl der jährlich veröffentlichten Artikel in den ersten drei Jahren der Zählung von nicht einmal einem Artikel pro Jahr auf mehr als fünf Artikel pro Jahr gestiegen. Zweitens wird deutlich, dass sich insgesamt ungefähr ein Drittel der Artikel dem Themenfeld der Politischen Soziologie zuordnen lässt. Auch in diesem Teilbereich lässt sich eine Wachstumstendenz feststellen. Schließlich kann trotz der steigenden Tendenz eine insgesamt nach wie vor eher geringe Publikationstätigkeit konstatiert werden. In keinem Jahr erschienen in den vier wichtigsten deutschsprachigen soziologischen Zeit-

¹ Dies sind: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Berliner Journal für Soziologie, Zeitschrift für Soziologie und Soziale Welt. Berücksichtigt wurden alle Artikel, die sich in einem weiten Sinne mit Europäisierung, Europäischer Union, innereuropäischen Vergleichen oder typischen Charakteristika Europas (auch im internationalen Vergleich) befassen. Nicht berücksichtigt wurden Artikel zur Transnationalisierung sowie Sonderhefte (insb. Bach 2000b). Für die Kodierung der Artikel zur Politischen Soziologie wurde die in Kapitel 3.2 vorgeschlagene Definition verwendet.

schriften mehr als sechs Artikel mit einem Europabezug. Insgesamt befassen sich 3,5% aller im beobachteten Zeitraum veröffentlichten Artikel mit dem Thema. Bedenkt man die fundamentalen Weichenstellungen, die die europäische Integration seit dem Jahr 1990 geprägt haben – erinnert sei hier nur an die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza, den Verfassungskonvent, die Osterweiterung, mehrere Volksabstimmungen sowie die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion –, dann ist dieser Befund durchaus erstaunlich. Ich werde auf diesen Punkt in Kapitel 3 zurückkommen.

Abb.: 1: Publikationen zur Europasoziologie, 1990-2009²



Das wachsende Interesse an Europasoziologie dokumentieren neben den Zeitschriftenpublikationen auch zahlreiche Herausgeberbände (z.B. Bach, Sterbling 2008; Eigmüller, Mau 2010; Heidenreich 2006; Hettlage, Müller 2006a; Klein et al. 2003) und Monographien (z.B. Bach 2008; Beck, Grande 2004; Gerhards, Hölscher 2005; Joas, Wiegandt 2006; Mau, Verwiebe 2009; Poehls 2009; Roose 2010; Verwiebe 2004) sowie das Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Bach 2000b). Dieser Trend institutionalisiert sich zudem derzeit auf vielfältige Weise, unter anderem über die Umwidmung der DGS-Sektion Ost- und Mitteleuropa zur Sektion

² Ich danke Yeliz Sah für ihre Mitarbeit bei der Auszählung.

Europasozioologie, über den 35. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu »Transnationalen Vergesellschaftungen« (bei dem Europäisierung naheliegenderweise ein Schwerpunkt war), über Graduiertenkollegs zu Europäisierung im Kontext von Transnationalisierung und Globalisierung, über Forschungsverbände und Einzelprojekte.

Die neue deutsche Europasozioologie nutzt unterschiedliche theoretische Perspektiven und befasst sich mit klassischen und neuartigen Themenfeldern. Zu den zentralen Themen der Forschung gehört die Europäisierung sozialer Ungleichheit sowie der Sozialstruktur (Gerhards 2008; Mau, Verwiebe 2009; Verwiebe 2006; Verwiebe et al. 2003), die Auflösung, Neubildung und Überlagerung von Grenzen (Bach 2006; Bös 2000; Eigmüller 2006; Löw 2010; Vobruba 2005), die Herausbildung einer europäischen Gesellschaft (Bach 2008; Eder 2000a; Hettlage, Müller 2006b; Müller 2007; Münch 2006; Münch 2008b), sowie die Themenfelder Öffentlichkeit (Eder 2000b; Gerhards 1993; Trenz 2006), Zivilgesellschaft (Bernhard 2009; Trenz et al. 2009), Identität (Giesen 1999; Lepsius 2006; Lepsius 1999; Nida-Rümelin, Wiedenfeld 2007; Roose 2007; Weidenfeld 2007), Gleichberechtigung (Wobbe 2001; 2007), Recht (Münch 2008a), Solidarität (Mau 2008; Münch, Büttner 2006), politische Integration (Bernhard 2010), das europäische Sozialmodell (Kaelble 2000; 2004; Ostner 2000; Streeck 1999) und europäische Kultur und Werte (Gerhards 2006; Gerhards, Hölscher 2005; Joas, Wiegandt 2006). Theoretisch beruft man sich auf Autoren wie Max Weber, Pierre Bourdieu, Emile Durkheim, Michel Foucault, John W. Meyer, Georg Simmel, Karl Deutsch, Stein Rokkan und auf die Wissenssoziologie.

Damit kann festgehalten werden, dass die Europasozioologie zehn Jahre nach Maurizio Bachs Kritik am Forschungsstand ihre Zurückhaltung gegenüber Europa als Forschungsthema ablegt und im Begriff ist, einen erheblichen Wissensfundus aufzubauen.

2. Soziologie und Politikwissenschaft – Arbeitsteilung oder Konkurrenz?

Die überwiegende Mehrheit der Publikationen untersucht Europa, ohne politische Integrationsprozesse dabei systematisch zu berücksichtigen. Das bestätigt sowohl Abbildung 1 als auch ein Blick auf die einschlägigen Monographien und Herausgeberbände. Damit ist der Bereich der Poli-

tischen Soziologie in der soziologischen Europaforschung unterrepräsentiert. Denn angesichts der Tatsache, dass die europäische Integration über Jahrzehnte zweifellos von politischen Integrationsprozessen vorangetrieben wurde und dass auch die jüngsten Europäisierungsprozesse der Nationalgesellschaften sich ohne Einblicke in die komplexe Wechselwirkung von politischer und gesellschaftlicher Integration nicht verstehen lassen, ist es doch bemerkenswert, dass der weit überwiegende Teil der Europasozio- logie Forschungsansätze verwendet, die das Politische in seinem gesellschaftlichen Kontext im Blick haben. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer bewusst vorangetriebenen disziplinären Spezialisierungsstrategie. Die große Mehrheit der Soziologen setzt auf eine Arbeitsteilung, nach der die Politikwissenschaft für das Politische und die Soziologie für das Soziale (beziehungsweise für das Gesellschaftliche) zuständig ist. Delhey (2005: 10) regt in diesem Sinne programmatisch an, auf eine disziplinäre Arbeitsteilung zu setzen und die Analyse *gesellschaftlicher* Prozesse voranzutreiben. Immerfall (2000: 14) hält die »gesamtgesellschaftliche[n] Wirkungszusammenhänge, die mit der supranationalen Systembildung und den Prozessen der »Europäisierung« in institutioneller, sozialer und sozialräumlicher Hinsicht« einhergehen, für das Desiderat der Integrationsforschung. Vertreter der »horizontalen Europäisierungsforschung« stellen auf die »Transnationalisierung in den Köpfen« (Mau 2007: 56) ab und nehmen das Alltags- handeln und die Lebenswelten von Individuen in den Blick. Damit wird neben der Zunahme an Wissen oder globalen Flüssen von kulturellen Gü- tern auch die Entstehung neuer Informations- und Betroffenheitshorizonte bei den Individuen betont und die neue Qualität subjektiver Transnationalisierung hervorgehoben (Mau 2007: 56). Diese Positionierung erfolgt in Abgrenzung einer Perspektive der Transnationalisierung »von oben«, die sich auf die Intensivierung internationaler Austauschbeziehungen bezieht, die von Nationalstaaten, internationalen und supranationalen Organisationen, international agierenden Wirtschaftsunternehmen und durch inter- nationale Finanz- und Warenmärkte hervorgebracht werden (Mau 2007: 53, ähnlich Mau, Büttner 2010; Pries 2008).

Gegen die Strategie der Arbeitsteilung von Soziologen und Politik- wissenschaftlern haben einige Soziologen einen Anspruch auf die Bearbei- tung politischer Phänomene erhoben. Sie markieren den Standort einer »Politische[n] Soziologie der europäischen Integration« (Bach 2004: 26). Diese will sich – in kritischer Distanz zu Teilen der politikwissenschaft- lichen Integrationsforschung – nicht »kreml-astrologisch« an den Verlaut-

barungen des Brüsseler Zentrums orientieren und sie nimmt davon Abstand, zu den »wahren« Beweggründen der handelnden Politiker, Verwaltungsbeamten usw. vordringen zu wollen (Nollmann 2004: 17). Im Unterschied zur ersten Gruppe der Soziologen befinden sich die Politischen Soziologen damit in unmittelbarer Konkurrenz zur etablierten Integrationsforschung, weil sie (unter anderem!) dieselben Forschungsgegenstände behandeln, wenn auch in dezidiert anderer Weise. Die Politische Soziologie sieht Politik als integralen Bestandteil der (europäischen) Gesellschaft und untersucht sie als solchen, d.h. in ihrer Einbettung und Wechselbeziehung zur Gesellschaft. Die Positionierung und die Forschungsagenda, die sich im Schnittfeld von europäischer Politik, Europäisierung des Politischen und europäischer Vergesellschaftung auftut, soll im Folgenden skizziert werden.

3. Der Standort der Politischen Soziologie der europäischen Integration

3.1 Beobachtung zweiter Ordnung und Gegenstandsdistanz

Die Politische Soziologie der europäischen Integration lässt sich zunächst über die kritische Abgrenzung von der Integrationsforschung und deren Verhältnis zu ihren Forschungsgegenständen bestimmen. Das Interesse der Integrationsforschung orientiert sich stark an den politischen Institutionen der europäischen Integration. Zu typischen Fragen gehören folgende: Welche nationalen Interessenformierungen führen bei welchen internationalen Interessenkonstellationen zu welchen intergouvernementalen Verhandlungsergebnissen? Wie verhält es sich mit der Problemlösungskapazität von Governance-Arrangements? Welche Wirkungen haben europäische Regelungen in nationalen politischen Regelkontexten und inwieweit wirkt die nationale Politik auf die europäische Ebene zurück (Axt et al. 2007; Börzel 1997; Börzel, Risse 2000; Kohler-Koch, Rittberger 2006; Lodge 2007; Moravcsik 1993; Pierson 1998)? Bei all dem bilden das Handeln der politischen Akteure, ihre Begründungen und ihre Strategien den unmittelbaren Ausgangs- und Bezugspunkt der Forschung. Es wird überprüft, ob sie erreichen, was sie erreichen wollen, ob sie etwas anderes erreichen sollten, was sie nicht erreichen, oder was die versteckten Gründe hinter den offiziellen Verlautbarungen sind. So produktiv diese Fragen sein können, so

sehr drängt sich die Feststellung auf, dass die Perspektive der politikwissenschaftlichen Integrationsforschung von der Perspektive der Beteiligten nicht wesentlich abweicht. Tatsächlich gibt es eine weitreichende Kongruenz zwischen den Erkenntnisinteressen der Politikwissenschaftler einerseits und der Selbstwahrnehmung und dem Alltagswissen der in die politischen Prozesse Involvierten andererseits. Die Integrationsforschung läuft damit Gefahr, die Logik ihres Untersuchungsgegenstandes wissenschaftlich fortzuschreiben. Methodologisch und erkenntnistheoretisch gesehen befindet sich die Integrationsforschung damit in großer Nähe zum Gegenstand ihrer Untersuchung.

In dieser Hinsicht beispielgebend ist die Forschung zur »new governance« in der Europäischen Union. Als eine der wichtigsten institutionellen Neuerungen kann zweifelsfrei die Einführung der Offenen Koordinierungsmethode in sozialpolitischen Bereichen auf der Tagung des Europäischen Rates in Lissabon im Jahr 2000 gesehen werden. Die Wahrnehmung des Instruments durch die Integrationsforschung schließt unmittelbar an die Beschreibungen der Prozesse an, wie sie vom Untersuchungsgegenstand (insbesondere in den Dokumenten des Europäische Rats und der Europäischen Kommission) selbst vorgenommen werden. Die Integrationsforschung verarbeitet die politische Selbstverpflichtung, Freiwilligkeit und Lernorientierung an die Stelle von Zwang, kollektiver Entscheidungsfindung und hierarchischen Durchsetzungsinstrumenten treten zu lassen, in der Gegenüberstellungen von »alter« und »neuer« Governance (Borras, Jacobsson 2004; Héritier 2002; Trubek et al. 2005) und macht sie zum Bezugspunkt der (kritischen) Analyse (Kerber, Eckardt 2007; Kröger 2010; Trubek, Trubek 2005).³ Da sich die Methode als offen für die Zivilgesellschaft präsentiert (z.B. CEC 2008; CEU 2002), wird sie als inklusives Instrument wahrgenommen und diskutiert (de la Porte et al. 2001; Idema, Kelemen 2006). Die Hoffnung, dass ein solches freiwilliges Koordinierungsinstrument politischen Zielen dienlich sein könne, ohne dass dabei substantielle Entscheidungskapazität auf die europäische Ebene verlagert werde müsse,⁴ findet sich als Potenzialanalyse in der Forschungsliteratur

3 Mosher (2003: 84) konstatiert zusammenfassend: »The OMC is an appropriate tool to use in situations when common problems exist across Europe but conditions make uniform policies impossible and there is great uncertainty as to the best way to deal with problems.«

4 Zurückblickend auf die Leistung der europäischen Eingliederungspolitik hält die Europäische Kommission auf ihrer Homepage fest: »It encouraged Member States to critically

wieder (Hodson, Maher 2001; Mosher 2003) und löst disziplinäre Debatten aus (Citi, Rhodes 2007; Kröger 2006; Offe 2003; Radaelli 2000; Raveaud 2007).

Das Beispiel zeigt, dass die Bewertungsmaßstäbe der Offenen Koordinierungsmethode bei politischen Wissenschaftlern und politischen Praktikern weitgehend kongruent sind. Der Bezugspunkt der Integrationsforschung ist stets der institutionelle Aufbau des Politikkoordinierungsprozesses, ganz gleich, ob skeptisch oder zuversichtlich Stellung bezogen wird, man einzelne Institutionenarrangements einer empirischen Überprüfung unterzieht oder eine Kontrastierung mit anderen Regierungsformen betreibt. Es sind Fragen, die auch Praktiker umtreiben. Nur um Missverständnissen vorzubeugen: Es soll hier keineswegs behauptet werden, dass diese Forschungsperspektive irrelevant ist. Im Gegenteil: Die Studien der Governance-Forschung haben beispielsweise wichtige Erkenntnisse über die Praktikabilität normativer Selbstverpflichtungen in machbezogenen politischen Kontexten erbracht. Die Tendenz, den Untersuchungsgegenstand konzeptionell-empirisch nachzuformen (anstatt ihn zu rekonstruieren), blendet jedoch bestimmte Zusammenhänge aus: So werden die politischen Prozesse in der Regel nicht im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Prozessen gesehen; man greift nicht auf Theorien zurück, die das Verhältnis von Politik und Gesellschaft soziologisch spezifizieren und man baut keine methodologische und erkenntnistheoretische Distanz auf, mit der sich ein Forscher der Verwendungs- und Beratungsansprüche der politischen Praktiker erwehren kann. Hier kann die Politische Soziologie ansetzen.

Die Soziologie nimmt für sich in Anspruch, sowohl die Gesellschaft in der Gesamtschau als auch hinsichtlich der Eigenwertigkeit und Abhängigkeit ihrer Teile untereinander behandeln zu können. Und weil sie sich nicht von dem Gesellschaftlichen, das sie beobachtet, ausnehmen kann, war sie von jeher in besonderer Weise dazu aufgefordert das Verhältnis zu ihren Untersuchungsgegenständen auch über ihre eigene Position in der Gesellschaft reflexiv zu bestimmen. Die Soziologie ist also eine Sozialwissen-

examine their policies. It highlighted how countries perform well in certain areas, spurring on other Member States to perform better. It also created a better basis for policy making by involving a range of actors such as NGOs, social partners, local and regional authorities and those working with people in poverty», http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/poverty_social_exclusion_en.htm, letzter Zugriff: 8.7.2010.

schaft, die ihre Beobachtungen so organisieren kann, dass nicht nur der Standort des Beobachteten deutlich wird, sondern auch ihr eigener sowie die Beziehungen zwischen ersterem und letzterem. In diesem Sinne ist jede Soziologie potenziell immer auch Wissenssoziologie, also Einsicht in die sozialen Einflüsse auf individuelles Denken und Handeln (z.B. Mannheim 1995). Für die Politische Soziologie ist das relevant, weil es einen Unterschied von Beobachtungen erster Ordnung und Beobachtungen zweiter Ordnung konstituiert (Vobruba 2009; 2010), mit dem sich die politische Integration eben nicht allein aus ihren institutionellen, normativen und handlungslogischen Programmen heraus erklären lässt, als vielmehr aus der Distanz einer gebrochenen Beobachtungsperspektive. Die Beobachtungen der Politik werden nicht einfach übernommen, akkumuliert und systematisiert; sie werden *als Beobachtungen* wahrgenommen und behandelt. Auf die Governance-Forschung angewendet bedeutet dies, dass sich die Politische Soziologie etwa die Frage nach der Effektivität der Offenen Koordinierungsmethode schon deshalb nicht aneignen kann, weil sie (im Modus der Beobachtung zweiter Ordnung) sieht, dass es sich hierbei um eine Erwartung der europäischen Politik an die Wissenschaft handelt. Sie interessiert sich also nicht für die Antwort auf die Frage, sondern für den Umstand, dass sie gestellt wird. So hat die Politische Soziologie die Möglichkeit, das enge Verhältnis von Politik und Wissenschaft auf der europäischen Ebene als ein Charakteristikum der europäischen Politik zu beobachten (vgl. ausführlich Bernhard 2010).

3.2 Politik, Gesellschaft und Politische Soziologie

Die Politische Soziologie bricht also mit der Primärperspektive der Beteiligten und bringt sich dadurch, erkenntnistheoretisch gesehen, in eine größere Distanz zu ihren Untersuchungsgegenständen. Neben der Abgrenzung von der Integrationsforschung kann die Politische Soziologie der europäischen Integration über diese Gegenstandsdistanz auch theoretisch-inhaltlich bestimmt werden. Allgemein wird die Wechselbeziehung zwischen Politik und Gesellschaft als Themenfeld der Politischen Soziologie beschrieben. Zu diesem Wirkungszusammenhang zählen so unterschiedliche Phänomene wie soziale Bewegungen, Transformationen von Gesellschaften und deren politischen Systemen, die Zivilgesellschaft, die Inszenierung von Politik, der Wandel von politischen Institutionen, Kriege und

bewaffnete Konflikte, das Verhältnis von Religion und Politik, die Entgrenzung des Politischen, politische Sozialisation und die Begründung und der Erhalt von Legitimität (Kaina, Römmele 2009; Meuser 2003; Trotha 2006). Mit der Positionierung anhand der Begriffe Politik und Gesellschaft ist für die Politische Soziologie der europäischen Integration allerdings nur ein erster Schritt getan. Es kennzeichnet die Politische Soziologie, dass sie die beiden Kategorien problematisiert. Sowohl Politik als auch Gesellschaft sind Platzhalter mit einigermaßen diffusem Inhalt. ›Politik‹ bezieht sich nicht nur auf staatsnahe oder staatsähnliche Formen der Entscheidungsfindung mit kollektiver Bindungswirkung innerhalb von politischen Institutionen, sondern gerade auch auf alle Formen außer- und unterhalb, neben, diesseits und jenseits davon. Und mit ›Gesellschaft‹ ist eben nicht automatisch jene homogene, intern integrierende und extern exkludierende gesellschaftliche Gemeinschaft gemeint, für die die Nationalgesellschaften als Beispiel gelten. Der europäische Kontext lässt die beiden Kategorien in besonderer Weise problematisch werden. Für den nationalen Kontext typische Untersuchungsgegenstände, wie Parlamentswahlen, Sozialpartnerschaften, Gewaltenteilung und politische Öffentlichkeit liegen hier gar nicht, nur in rudimentärer Form oder in sehr spezifischer Umformung vor (z.B. Hix 2006; Streeck 1999). Es scheint fast so, als könne man die Politische Soziologie der europäischen Integration gerade nicht über die Wechselbeziehung von europäischer Politik und europäischer Gesellschaft bestimmen.

Dennoch lässt sich aus dem Definitionsversuch etwas gewinnen, sofern man die Begriffe der europäischen Politik und der europäischen Gesellschaft relational versteht. Dann nämlich zeigt sich, dass die Zuständigkeit der Politischen Soziologie grundlegend über das Politische hinaus geht und deren Beziehung zur Gesellschaft umfasst. Politik wird als Teil eines gesellschaftlichen Ganzen betrachtet und die Politische Soziologie kann stets auf den theoretischen Kanon der allgemeinen Soziologie zurück greifen (z.B. bei Bourdieu 2004; Luhmann 2010; Münch 1986). Der Einsatz von theoretischen Konzepten, für die die Politik nur eines der möglichen Anwendungsfelder ist, untermauert die methodologisch-epistemologische Distanz der Politischen Soziologie zu ihren Forschungsgegenständen. Der Anschluss an die Gesellschaftstheorie gibt dem Soziologen der Politik kognitive Instrumente an die Hand, die in einem soziologisch-wissenschaftlichen Diskussionszusammenhang stehen und nicht dem Primat der Praxisrelevanz unterworfen sind. Auf diese Weise stellen die theoretischen Kon-

zepte Bezüge mit historischen und außerpolitischen Bereichen her, d.h. sie setzen Relevanzen jenseits des Relevanzhorizonts der Politik.

Was dies für die Politische Soziologie der europäischen Integration heißen kann, hat Bach anhand des Herrschaftskonzeptes gezeigt (Bach 1995; Bach 2008). Die vier Grundfreiheiten, auf denen der europäische Binnenmarkt fußt, lassen sich in einem institutionenanalytischen politisch-soziologischen Forschungsprogramm im Anschluss an Lepsius (1991; 1999) als Rationalisierungskriterien interpretieren, die spezifische Regeln für angemessenes Handeln vor dem Hintergrund der abstrakteren und diffuseren Werte der europäischen Institutionen bereitstellen (Bach 2008: 40–42). Die Durchsetzung des Binnenmarktes steht aus dieser Perspektive also nicht im Zusammenhang mit der Diskussion um unbeabsichtigte Integrationsfolgen, supranationale Autonomie und nationalen Souveränitätsverlust, sondern gilt als außerordentlich erfolgreiches Beispiel institutioneller Differenzierung. Der Umstand der asymmetrischen Integrationsdynamik – des Auseinandertretens von fortschreitender negativ-marktschaffender Integration einerseits und zögerlicher positiv-marktregulierender Integration andererseits (im Sinne von Scharpf 1999) – verweist institutionenanalytisch betrachtet auf die Ausdifferenzierung ökonomischer Rationalitätskriterien bei gleichzeitiger Minimierung der Verantwortung für die Folgen wirtschaftlichen Handelns. Diese Herangehensweise an das politische Integrationsprojekt stellt nicht Fragen nach politischen Prozessen und Interessenkalkülen in den Vordergrund, sondern betont die Externalisierung der Konsequenzen wirtschaftlicher Handlungen aus dem Verantwortungsbereich des Politischen als Leistung der supranationalen Institutionenkonfiguration. Sie lenkt damit den Blick auf die gesellschaftlichen Konsequenzen der politischen Integration und schließt die Arbeiten semantisch und material an Kontexte jenseits der Politik an.

3.3 Das Forschungsprogramm

Soweit wurden Gegenstand und Selbstverständnis der Politischen Soziologie an thematischen und systematischen Kriterien festgemacht. Methodologisch und vom Selbstverständnis her definiert sich die Politische Soziologie der europäischen Integration über ihre Beobachtungsleistung und die daraus erwachsene Distanz zum Politischen als Forschungsgegenstand. Theoretisch-inhaltlich untersucht sie europäische Politik im Kontext

gesellschaftlicher Zusammenhänge mittels eines analytischen Instrumentariums, das gesellschaftstheoretisch anschlussfähig ist.

Nun lässt sich gegen diese Ortsbestimmung der Politischen Soziologie der europäischen Integration einwenden, dass mit der Wechselwirkung von europäischer Gesellschaft und europäischer Politik kaum etwas ausgeschlossen sei. Und tatsächlich sieht Vobruba (2005: 8) die »Wechselwirkung zwischen Europäischer Institutionenbildung und Europäischer sozialer Integration« als Aufgabe der Soziologie insgesamt und nicht nur der Politischen Soziologie. Woran lässt sich also die Eigenständigkeit der Politischen Soziologie gegenüber der neuen Europasozio­logie festmachen? Das ausschlaggebende Kriterium ist die Sichtbarkeit der Wechselwirkung von Politik und Gesellschaft im Forschungsprozess. Nur wenn sie Thema und Anlass der Forschung wird, wenn sie sowohl bei der Forschungsfrage als auch der Auswahl der Untersuchungseinheiten und den Schlussfolgerungen Beachtung findet, ist die Bezeichnung Politische Soziologie gerechtfertigt. Dies ist in Studien zur europäischen Öffentlichkeit (Eder 2000b; Eder 2007; Eder, Kantner 2000; Gerhards 1993; Trenz 2002) oder zur europäischen Zivilgesellschaft (Bernhard 2009; Trenz et al. 2009) der Fall. Dagegen zählt die Analyse horizontaler Europäisierungsprozesse mit dem Blick auf lebensweltliche Alltagserfahrungen nach diesem Verständnis nicht zur Politischen Soziologie, auch wenn politische Integrationsprozesse über De- und Reinstitutionalisierungsprozesse sicherlich zu den wichtigsten Vorbedingungen dieser subjektiven Erfahrungsmöglichkeiten zählen (Büttner, Mau 2010; Mau 2006; 2007). Anders verhält es sich, wenn man sich unmittelbar für die Akzeptanz europäischer Regelungen wie etwa die Arbeitnehmerfreizügigkeit (Gerhards, Lengfeld 2009) oder die Umweltschutzpolitik (Gerhards 2006) interessiert. In diesem Fall bleibt die aus politischen Europäisierungsprozessen entstandene Institution im Forschungsprozess sichtbar. Weite Teile der Diskussion um die Entstehung einer europäischen Identität sind genuin soziologische Beiträge, ohne jedoch zur Politischen Soziologie zu gehören, denn zumeist dominiert hier der Verweis auf kulturelle Tradition oder langjährige geschichtliche Entwicklungen (Eder 1999; Giesen 1999; Münch 1999). Wenn Lepsius (1999) allerdings fragt, inwieweit die EU-Institutionen Bezugsobjekte kultureller Identität sein können, verhält sich das anders. Dann wird die Beschaffenheit der Institutionen zu einem denk- und forschungsleitenden Faktor und der Anschluss an die Politische Soziologie ist gegeben (so auch Lepsius 2006). Und die Soziologie zur politischen De- und Reinstitutionalisierung

von nationalstaatlichen und europäischen Grenzen ist geradezu ein Musterbeispiel für die Analyse von gesellschaftlichen Wirkungen politischer Prozesse (Bach 2006; Eig Müller 2006; Flora 2000; Mau 2006; Cantó Milà 2006; Vobruba 2005).

Die vorstehenden Überlegungen zeigen, dass die Politische Soziologie einen eigenständigen thematischen und methodologischen Zugriff auf politische Prozesse der europäischen Integration vorweisen kann, der sie klar von der dominanten Integrationsforschung unterscheidet. Den Unterschied der Disziplinen kann man im Rahmen einer politischen Wissenssoziologie der europäischen Institutionen deutlich machen (Bernhard 2010). Im Anschluss an das Feldkonzept von Pierre Bourdieu lässt sich zeigen, dass die bereits angesprochene Einführung der »new governance«-Instrumente für die Bereiche der europäischen Sozialpolitik sehr differenzierte Konsequenzen hat, die von der sozio-genetischen Entwicklung der jeweiligen Politikfelder und der darin geführten Feldkämpfe abhängt. Im Fall der europäischen Inklusionspolitik brachte die Einführung der Offenen Koordinierungsmethode einen sprunghaften Anstieg der im Feld verfügbaren Kapitalsorten und -mengen mit sich. Eine besondere Rolle spielt dabei der Ausbau von europäisch verwalteten Wissensressourcen. Die Verbesserung der statistischen Infrastruktur, mit der man sich im Feld der europäischen Inklusionspolitik ein (vergleichendes) Bild von den sozialen und wirtschaftlichen Zuständen in den Mitgliedstaaten der EU macht, ist in dieser Hinsicht der markanteste Prozess. Dieses europäische »informationelle Kapital« – also die von öffentlicher Hand legitimierte Kompetenz, den europäischen Sozial- und Wirtschaftsraum durch europaweit vergleichbare Indikatoren abbilden zu können – wird zur Beschreibung der sozialen Lage und zur Evaluation von nationalstaatlichen Politiken eingesetzt. Im Zusammenspiel mit dem dichten institutionellen Geflecht des freiwilligen Politiklernens durch die Offene Koordinierungsmethode haben Europäische Kommission, Wissenschaftler, wissenschaftsnahe Think Tanks und zivilgesellschaftliche Akteure eine neuartige Wissensressource an der Hand, mit der sie nationale und regionale Politiken überwachen und mit Blick auf europäisch definierte Ziele kommentieren können (Bernhard 2010: 144–149, 357–383).

Ein Nebeneffekt der auf Wissensakkumulation und -verbreitung angelegten feldinternen Positionierungsstrategien der europäischen Akteure ist, dass der entstehende europäische Sozialraum über neuartige Wissensressourcen beschreibbar und kognitiv handhabbar wird. Mit der Beschrei-

bung der sozialen Lage in den Mitgliedstaaten der EU, der Kommentierung von nationaler Politik, der Ausrichtung an gemeinsamen Zielen und dem unablässigen Vergleich nationaler Zustände werden die Nationalstaaten von unverbunden nebeneinander stehenden Einheiten zu Teilen eines gemeinsamen europäischen Sozial- und Politikraums umdefiniert. Die aufkommende Debatte über eine einheitliche europäische Armutsschwelle zeigt, dass dieser Prozess das Potenzial hat, bislang unsichtbare Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten der EU sichtbar zu machen. Die Europäische Union hat sich damit der Aufgabe angenommen, die materielle Sozialintegration symbolisch zu flankieren, die sich unter anderem in der Bedeutung nationalstaatsübergreifender Statusvergleiche (Delhey, Kohler 2006), in steigender innereuropäischer Mobilität und Interaktion (Mau 2007; Mau, Büttner 2010; Verwiebe 2006) sowie der Ausbildung neuer Identitätsbezüge jenseits des Nationalstaats ausdrückt (Lepsius 2006; Lepsius 1999). Damit befinden wir uns mitten in einem Prozess der Monopolisierung der symbolischen Repräsentation sozialer Ungleichheit in Europa: Die EU wird zum legitimen Standpunkt, von dem aus sich die soziale und wirtschaftliche Landschaft Europas in all ihrer, den Nationalstaat zugleich berücksichtigenden wie transzendierenden Heterogenität überblicken lässt. Von Brüssel aus sind die Nationalstaaten zwar weiterhin prominent, aber eben nur noch als Bestandteile des zusammenwachsenden europäischen Sozialraums.

Im Unterschied zur Governance-Forschung befasst sich die Politische Wissenssoziologie der europäischen Institutionen nicht mit Fragen der Effektivität oder des Institutionendesigns. Sie sieht die Governance-Instrumente vielmehr im Kontext von Bourdieus Macht- und Herrschaftskonzept und damit mehrfach eingebettet in einander überlagernde und miteinander konkurrierende soziale und politische Felder. Theoretisch wird die Analyse der europäischen Politik damit anschlussfähig an die Analyse anderer sozialer, wirtschaftlicher und politischer Felder, denn all diese Felder lassen sich über Prozesse der Kapitalbildung, -anhäufung und -umwertung beschreiben und verstehen (vgl. Fligstein 2008). Zugleich haben die feldinternen Vorgänge eine Außenwirkung: Auf die neuen Wissensressourcen haben nicht nur europäische Akteure Zugriff, sondern auch Politiker, Zivilgesellschaft und Bürger in den Mitgliedstaaten. Das europäische Feld der Inklusionspolitik trägt somit zur »symbolischen Strukturierung« Europas bei (Kauppi 2005: 9).

Oben wurde argumentiert, dass sich die politikwissenschaftliche Integrationsforschung zu nah an ihrem Gegenstand bewege und es verpasse, die Perspektive der beobachteten Akteure an einer eigenen Perspektive zu brechen. Methodisch offenbart sich diese Tendenz in der Dominanz des Experteninterviews in der Integrationsforschung. Für diese Erhebungsmethode ist spezifisch, dass sich interviewender Wissenschaftler und interviewter Experte prinzipiell als Gesprächspartner auf Augenhöhe begegnen. Erklärtes Ziel ist es, das Erfahrungswissen des Befragten (sei es das Kontext- oder das Betriebswissen, Meuser, Nagel 2005) zu explizieren und damit für den Transfer von der Praxis in die Wissenschaft zugänglich zu machen. Dieses Bestreben prägt sowohl den Befragungsstil als auch den Umgang mit den Befragungsinhalten (Bogner, Menz 2005; Gläser, Laudel 2004). In der Integrationsforschung wird das Experteninterview häufig als Chance gesehen, an exklusive Informationen – zum Beispiel über verborgene Absichten oder zukünftige (und bisher unbekannte) Vorhaben – heranzukommen. Dass dabei gezielt versucht wird, hochrangige Mitarbeiter als Gesprächspartner zu gewinnen, liegt auf der Hand: Wichtige Akteure sind einflussreich und verfügen damit über wichtige Informationen. Die Synchronisation von Wissenschaft und Gegenstand wird hier auf die Spitze getrieben, indem die Hierarchisierung von Wissensbeständen, wie sie der Beobachtungsgegenstand vornimmt, für die Wissenschaft leitend wird. Die Problematisierung und Kontextualisierung des in Experteninterviews erhobenen Wissens wäre dabei zwar möglich, sie ist aber nicht das Ziel. Gegenüber anderen Wissenschaftlern rechtfertigt sich diese Vorgehensweise durch den Neuigkeitswert, die Exklusivität oder den Detaillierungsgrad des Wissens, das sich in den Interviews erheben lässt. Und von den Experten unterscheidet den Forscher dann die Gewissheit, auch andere Experten interviewt zu haben und damit in der Summe mehr Wissensbausteine angehäuft zu haben. In dieser Handhabung steht das Experteninterview exemplarisch für das politikwissenschaftliche Bestreben, möglichst nah am Gegenstand zu sein. Es wird zum Instrument der Kommunikation zwischen einer Politik, die als Expertokratie viele typisch wissenschaftliche Züge angenommen hat, und einer Wissenschaft, die diese Politik zum Ausgangs- und möglichen Fluchtpunkt ihrer Forschungen macht (Bernhard 2009).

4. Fazit

Die Europasozio­logie kann auf ein Jahrzehnt mit beachtlichem Wissenszuwachs zurückblicken. Diesen Expansionsschub verdankt sie nicht zuletzt der Gewissheit, dass sie mittlerweile konzeptionell für die Analyse von Vergesellschaftungsprozessen dies- und jenseits des Nationalstaats gut aufgestellt ist und dass die wachsende Verflechtung nationaler Gesellschaften ihr auch künftig ein weites Forschungsfeld bieten wird. An der Expansion der neuen Europasozio­logie hat auch die Politische Soziologie partizipiert, allerdings nicht in dem Maße, wie es vom Gegenstand her möglich und angemessen gewesen wäre. So wird die Behandlung von vermeintlich politikwissenschaftlichen Gegenständen auch dort unterlassen, wo sie durchaus zum soziologischen Interesse, beziehungsweise zum Interesse der Politischen Soziologie gehören. Zudem fehlt vielerorts die Auseinandersetzung mit der Politikwissenschaft als angrenzende Disziplin. Und Versuche, die eigenen Ergebnisse in diesem Forschungsfeld sichtbar und anschlussfähig zu machen, sind rar.

Hier wurde argumentiert, dass dies darauf zurückzuführen ist, dass es die Soziologie auf eine Arbeitsteilung mit der Politikwissenschaft anlegt, bei der sie für die Integration der (vormaligen) Nationalgesellschaften Zuständigkeit beansprucht und im Gegenzug die politische Integration der Integrationsforschung überlässt. Obwohl diese Strategie sich zweifellos als produktiv erwiesen hat, ist die freiwillige Selbstbeschränkung der Soziologie auf »das Gesellschaftliche« ebenso unnötig wie kontraproduktiv. Das Konkurrenz- und Reibungsverhältnis von soziologischer und politikwissenschaftlicher Europaforschung besteht in jedem Fall. Der übermächtigen Dominanz der politologischen Integrationsforschung kann die Soziologie nur entgegentreten, wenn sie offensiv das Programm einer Politischen Soziologie der europäischen Integration entwickelt und kommuniziert. Als Teildisziplin der Allgemeinen Soziologie kann die Politische Soziologie das In-Beziehung-Setzen von Gesellschaft und Politik theoretisch und methodologisch weiter treiben. Sie muss diese Chance auch wahrnehmen wollen. Die europäische Integration eignet sich dazu umso mehr, je komplexer die Wechselbeziehung von politischer und gesellschaftlicher Integration wird.

Literatur

- Axt, H.-J., Milososki, A., Schwarz, O. 2007: Europäisierung – ein weites Feld. Literaturbericht und Forschungsfragen. Politische Vierteljahresschrift, 48. Jg., Heft 1, 136-149.
- Bach, M. 1995: Ist die europäische Einigung irreversibel? Integrationspolitik als Institutionenbildung in der Europäischen Union. In B. Nedelmann (Hg.), Politische Institutionen im Wandel, Sonderheft 35/1995 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 368–391.
- Bach, M. 2000a: Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellung und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration. In M. Bach (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 11–38.
- Bach, M. (Hg.) 2000b: Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40/2000 der KZfSS. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bach, M. 2004: Denken Soziologen anders über Politik als Politikwissenschaftler? Zur Eigenständigkeit der Politischen Soziologie. Soziologie, 33. Jg., Heft 2, 17–34.
- Bach, M. 2006: Unbounded Cleavages. Grenzabbau und die Europäisierung sozialer Ungleichheit. In M. Eigmüller, G. Vobruba (Hg.), Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 145–156.
- Bach, M. 2008: Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der Europäischen Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bach, M., Sterbling, A. (Hg.) 2008: Soziale Ungleichheit in der erweiterten Europäischen Union. Hamburg: Krämer.
- Beck, U., Grande, E. 2004: Das kosmopolitische Europa. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bernhard, S. 2009: Die symbolische Inszenierung als kultureller Anderer – Zur Definition weltkultureller Skripte im Feld der europäischen Inklusionspolitik. Berliner Journal für Soziologie, 19. Jg., Heft 1, 1–26.
- Bernhard, S. 2010: Die Konstruktion von Inklusion. Europäische Sozialpolitik aus soziologischer Perspektive. Frankfurt a.M.: Campus.
- Bogner, A., Menz, W. 2005: Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In A. Bogner, B. Littig, W. Menz (Hg.), Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 33–70.
- Borras, S., Jacobsson, K. 2004: The open method of co-ordination and new governance patterns in the EU. Journal of European Public Policy, 11. Jg., Heft 2, 185–208.
- Börzel, T. 1997: What is so special about policy networks? An exploration of the concept and its usefulness in studying European Governance. EIOP, 1. Jg., Heft 16, <http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-016a.htm>, letzter Zugriff: 17.11.2010.

- Börzel, T., Risse, T. 2000: When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change. *EIOP*, 4. Jg., No. 15., <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015a.htm>, letzter Zugriff: 17.11.2010.
- Bös, M. 2000: Zur Kontingenz sozialer Grenzen. Das Spannungsfeld von Territorien, Bevölkerungen und Kulturen in Europa. In M. Bach (Hg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 429–455.
- Bourdieu, P. 2004: *Der Staatsadel*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Büttner, S., Mau, S. 2010: Horizontale Europäisierung und Europäische Integration. In M. Eigmüller, S. Mau (Hg.), *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 274–318.
- Cantó Milà, N. 2006: Die Grenze als Relation. Spanische Grenzrealität und europäische Grenzpolitik. In M. Eigmüller, G. Vobruba (Hg.), *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 185–197.
- CEC (Commission of the European Communities) 2008: A renewed commitment to social Europe: Reinforcing the Open Method of Coordination for Social Protection and Social Inclusion. COM (2008) 418 final.
- CEU (Council of the European Union) 2002: Objectives in the fight against poverty and social exclusion. 14110/00, SOC 470.
- Citi, M., Rhodes, M. 2007: New Modes of Governance in the EU: Common Objectives versus National Preferences. *European Governance Papers*, No. N-07-01.
- Delanty, G., Rumford, C. 2005: *Rethinking Europe. Social theory and the implications of Europeanization*. London and New York: Routledge.
- Delhey, J. 2005: Das Abenteuer der Europäisierung. Überlegungen zu einem soziologischen Begriff europäischer Integration und zur Stellung der Soziologie zu den Integration Studies. *Soziologie*, 34. Jg., Heft 1, 7–27.
- Delhey, J., Kohler, U. 2006: Europäisierung sozialer Ungleichheit. Die Perspektive der Referenzgruppen-Forschung. In M. Heidenreich (Hg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt a.M.: Campus, 339–358.
- Eder, K. 1999: Integration durch Kultur? Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität. In R. Viehoff, R. T. Segers (Hg.), *Kultur Identität Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 147–179.
- Eder, K. 2000a: Konstitutionsbedingungen einer transnationalen Gesellschaft in Europa. Zur nachholenden Modernisierung in Europa. In W. Heyde, T. Schaber (Hg.), *Demokratisches Regieren in Europa?* Baden-Baden: Nomos, 87–102.
- Eder, K. 2000b: Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. *Berliner Journal für Soziologie*, 10. Jg., Heft 2, 167–184.
- Eder, K. 2007: Europa als besonderer Kommunikationsraum. Zur Frage der sozialen Integration einer kulturell heterogenen Gemeinschaft. *Berliner Journal für Soziologie*, 17. Jg., 33–50.

- Eder, K., Kantner, C. 2000: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In M. Bach (Hg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 306–331.
- Eigmüller, M. 2006: Der duale Charakter der Grenze. Bedingungen einer aktuellen Grenztheorie. In M. Eigmüller, G. Vobruba (Hg.), *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 55–74.
- Eigmüller, M., Mau, S. (Hg.) 2010: *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fligstein, N. 2008: *Euroclash. The EU, European Identity, and the Future of Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Flora, P. 2000: Externe Grenzbildung und interne Strukturierung – Europa und seine Nationen. *Berliner Journal für Soziologie*, 10. Jg., Heft 2, 151–165.
- Gerhards, J. 1993: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. *Zeitschrift für Soziologie*, 22. Jg., Heft 2, 96–110.
- Gerhards, J. 2006: Das Ökologieskript der Europäischen Union und seine Akzeptanz in den Mitglieds- und Beitrittsländern. *Zeitschrift für Soziologie*, 35. Jg., Heft 1, 24–40.
- Gerhards, J. 2008: Die kulturell dominierende Klasse in Europa: Eine vergleichende Analyse der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union im Anschluss an die Theorie von Pierre Bourdieu. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 60. Jg., Heft 4, 723–748.
- Gerhards, J., Hölscher, M. 2005: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerhards, J., Lengfeld, H. 2009: Europäisierte Chancengleichheit? Einstellungen zur Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für EU-Ausländer. *Berliner Journal für Soziologie*, 19. Jg., 627–652.
- Giesen, B. 1999: Europa als Konstruktion der Intellektuellen. In R. Viehoff, R. T. Segers (Hg.), *Kultur Identität Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 130–146.
- Gläser, J., Laudel, G. 2004: *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Guiraudon, V., Favell, A. 2007: *The Sociology of European Integration*. Paper presented at EUSA 2007 Montreal.
- Heidenreich, M. (Hg.) 2006: *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Héritier, A. 2002: *New Modes of Governance in Europe: Policy Making without Legislating?* Institut für Höhere Studien (IHS), March 2002. Wien.
- Hettlage, R., Müller, H.-P. (Hg.) 2006a: *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz: UVK.

- Hettlage, R., Müller, H.-P. 2006b: Die europäische Gesellschaft? Probleme, Positionen, Perspektiven. In R. Hettlage, H.-P. Müller (Hg.), Die europäische Gesellschaft. Konstanz: UVK, 9–24.
- Hix, S. 2006: The Political System of the European Union. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hodson, D., Maher, I. 2001: The Open Method as a New Mode of Governance: The Case of Soft Economic Policy Co-ordination. *Journal of Common Market Studies*, 39. Jg., Heft 4, 719–46.
- Idema, T., Kelemen, D. R. 2006: New Modes of Governance, the Open Method of Coordination and other Fashionable Red Herrings. *Perspectives on European Politics and Society*, 7. Jg., Heft 1, 108–123.
- Immerfall, S. 2000: Fragestellungen einer Soziologie der Europäischen Integration. In M. Bach (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. KZfSS Sonderheft 40. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 481–503.
- Joas, H., Wiegandt, K. (Hg.) 2006: Die kulturellen Werte Europas. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Kaelble, H. 2000: Wie kam es zum Europäischen Sozialmodell? In A. Aust, S. Leitner, S. Lessenich (Hg.), Sozialmodell Europa. Konturen eines Phänomens. Opladen: Leske + Budrich, 39–54.
- Kaelble, H. 2004: Das europäische Sozialmodell – eine historische Perspektive. In H. Kaelble, G. Schmid (Hg.), Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat. Berlin: edition Sigma, 31–50.
- Kaina, V., Römmele, A. 2009: Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kauppi, N. 2005: Democracy, social resources and political power in the European Union. Manchester: Manchester University Press.
- Kerber, W., Eckardt, M. 2007: Policy learning in Europe: the open method of coordination and laboratory federalism. *Journal of European Public Policy*, 14. Jg., Heft 2, 227–247.
- Klein, A., Koopmans, R., Klein, L., Lahusen, C., Rucht, D. (Hg.) 2003: Bürger-schaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich.
- Kohler-Koch, B., Rittberger, B. 2006: Review Article: The »Governance Turn« in EU Studies. *Journal of Common Market Studies*, 44. Jg., 27–49.
- Kröger, S. 2006: When learning hits politics or: Social policy coordination left to the administration and the NGOs? *European Integration Online Papers*, 10. Jg., No. 3.
- Kröger, S. 2010: Die Offene Methode der Koordinierung: Zehn Jahre später und (k)ein bisschen weiter? *Sozialer Fortschritt*, 59. Jg., Heft 5, 134–141.
- Lepsius, M. R. 1991: Die Europäische Gemeinschaft. Rationalitätskriterien der Regimebildung. In W. Zapf (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Campus, 309–336.
- Lepsius, M. R. 1999: Die Europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität. In R. Viehoff, R. T. Segers (Hg.), Kultur Identität Eu-

- ropa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 201–222.
- Lepsius, M. R. 2006: Identitätsstiftung durch eine europäische Verfassung. In R. Hettlage, H.-P. Müller (Hg.), *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz: UVK, 109–127.
- Lodge, M. 2007: Comparing Non-Hierarchical Governance in Action: the Open Method of Co-ordination in Pensions and Information Society. *Journal of Common Market Studies*, 45. Jg., Heft 2, 343–365.
- Löw, M. 2010: Raumdimensionen der Europaforschung. Skalierungen zwischen Welt, Staat und Stadt. In M. Eigmüller, S. Mau (Hg.), *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 142–152.
- Luhmann, N. 2010: *Politische Soziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mannheim, K. 1995: *Ideologie und Utopie*. Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann.
- Mau, S. 2006: Die Politik der Grenze. Grenzziehung und politische Systembildung in der Europäischen Union. *Berliner Journal für Soziologie*, 16. Jg., Heft 1, 115–132.
- Mau, S. 2007: *Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Mau, S. 2008: Europäische Solidaritäten. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 21/2008, 9–14.
- Mau, S., Büttner, S. 2010: Horizontale Europäisierung und Europäische Integration. In M. Eigmüller, S. Mau (Hg.), *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 274–318.
- Mau, S., Verwiebe, R. 2009: *Die Sozialstruktur Europas*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Meuser, M. 2003: Politische Soziologie – Ortsbestimmungen und aktuelle Forschungsgebiete. *Soziologie*, 32. Jg., Heft 1, 48–65.
- Meuser, M., Nagel, U. 2005: ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In A. Bogner, B. Littig, W. Menz (Hg.), *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 71–95.
- Moravcsik, A. 1993: Preferences and power in the European Community. A liberal intergovernmentalist approach. *Journal of Common Market Studies*, 31. Jg., 473–524.
- Mosher, J. T., David M. 2003: Alternative Approaches to Governance in the EU: EU Social Policy and the European Employment Strategy. *Journal of Common Market Studies*, 41. Jg., Heft 1, 63–88.
- Müller, H.-P. 2007: Auf dem Weg in eine europäische Gesellschaft? Begriffsproblematik und theoretische Perspektiven. *Berliner Journal für Soziologie*, 17. Jg., Heft 1, 7–31.
- Münch, R. 1986: *Die Kultur der Moderne*. 2 Bde. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Münch, R. 1999: Europäische Identitätsbildung. Zwischen globaler Dynamik, nationaler und regionaler Gegenbewegung. In R. Viehoff, R. T. Segers (Hg.), *Kultur Identität Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 223–252.
- Münch, R. 2006: Konventioneller Liberalismus versus Republikanismus: Paradigmen der symbolischen Konstruktion Europas. In R. Hettlage, H.-P. Müller (Hg.), *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz: UVK, 41–62.
- Münch, R. 2008a: Constructing a European Society by Jurisdiction. *European Law Journal*, 14. Jg., Heft 5, 519–541.
- Münch, R. 2008b: Die Konstruktion der europäischen Gesellschaft. Zur Dialektik von transnationaler Integration und nationaler Desintegration. Frankfurt a.M.: Campus.
- Münch, R., Büttner, S. 2006: Die europäische Teilung der Arbeit. Was können wir von Emile Durkheim lernen? In M. Heidenreich (Hg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt a.M.: Campus, 65–107.
- Nida-Rümelin, J., Weidenfeld, W. (Hg.) 2007: *Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien*. Baden-Baden: Nomos.
- Nollmann, G. 2004: Der Geist Europas. Europa als Zurechnungsidee – (noch) nicht das richtige Thema für die Forschung? *Soziologie*, 33. Jg., Heft 3, 7–21.
- Offe, C. 2003: The European Model of Social Capitalism: Can it Survive European Integration? *The Journal of Political Philosophy*, 11. Jg., Heft 4, 437–469.
- Ostner, I. 2000: Auf der Suche nach dem Europäischen Sozialmodell. In A. Aust, S. Leitner, S. Lessenich (Hg.), *Sozialmodell Europa. Konturen eines Phänomens*. Opladen: Leske + Budrich, 23–38.
- Pierson, P. 1998: The Path to European Integration: A Historical-Institutionalist Analysis. In W. Sandholtz, A. Stone Sweet (Hg.), *European Integration and Supranational Governance*. Oxford: Oxford University Press, 27–58.
- Poehls, K. 2009: *Europa backstage. Expertenwissen, Habitus und kulturelle Codes im Machtfeld der EU*. Bielefeld: transcript.
- Porte, C. de la, Pochet, P., Room, G. 2001: Social benchmarking, policy making and new governance in the EU. *Journal of European Social Policy*, 11. Jg., Heft 4, 291–307.
- Pries, L. 2008: *Die Transnationalisierung der sozialen Welt*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Radaelli, C. 2000: Policy Transfer in the European Union: Institutional Isomorphism as Source of Legitimacy. *Governance*, 13. Jg., Heft 1, 25–43.
- Raveaud, G. 2007: The European Employment Strategy: Towards More and Better Jobs? *Journal of Common Market Studies*, 45. Jg., Heft 2, 411–434.
- Rieger, E. 1995: Politik supranationaler Integration. Die Europäische Gemeinschaft in institutionentheoretischer Perspektive. In B. Nedelmann (Hg.), *Politische Institutionen im Wandel, KZfSS-Sonderheft 35/1995*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 349–367.

- Roose, J. 2007: Die Identifikation der Bürger mit der EU und ihre Wirkung für die Akzeptanz von Entscheidungen. In J. Nida-Rümelin, W. Weidenfeld (Hg.), Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien. Baden-Baden: Nomos, 123–149.
- Roose, J. 2010: Vergesellschaftung an Europas Binnengrenzen. Eine vergleichende Studie zu den Bedingungen sozialer Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scharpf, F. W. 1999: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt a.M.: Campus.
- Streck, W. 1999: Competitive Solidarity: Rethinking the »European Social Model«. MPIfG Working Paper, September 1999. Köln.
- Trenz, H.-J. 2002: Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in Europa. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung? Baden-Baden: Nomos.
- Trenz, H.-J. 2006: Europäische Öffentlichkeit als Selbstbeschreibungshorizont der europäischen Gesellschaft. In R. Hettlage, H.-P. Müller (Hg.), Die europäische Gesellschaft. Konstanz: UVK, 273–298.
- Trenz, H.-J., Bernhard, N., Jentges, E. 2009: Organisierte Zivilgesellschaft im EU-Verfassungsprozess: Partner des Regierens oder Konstituent politischer Ordnung? Berliner Journal für Soziologie, 19. Jg., Heft 3, 353–377.
- Trotha, T. v. 2006: Perspektiven der politischen Soziologie. Soziologie, 35. Jg., Heft 3, 283–302.
- Trubek, D. M., Cottrell, P., Nance, M. 2005: »Soft Law«, »Hard Law«, and European Integration: Toward a Theory of Hybridity. Jean Monnet Working Papers, No. 2/05. New York.
- Trubek, D. M., Trubek, L. G. 2003: Hard and Soft Law in the Construction of Social Europe: the role of the Open Method of Co-ordination. European Law Journal, 11. Jg., Heft 3, 343–364.
- Verwiebe, R. 2004: Transnationale Mobilität innerhalb Europas. Eine Studie zu den sozialstrukturellen Effekten der Europäisierung. Berlin: edition sigma.
- Verwiebe, R. 2006: Transnationale Mobilität innerhalb Europas und soziale Ungleichheit. In M. Heidenreich (Hg.), Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse. Frankfurt a.M.: Campus, 155–186.
- Verwiebe, R., Wunderlich, K., Münzing, C. 2003: Die Einkommenssituation transnational mobiler Europäer auf dem Berliner Arbeitsmarkt. Zählt nationale Herkunft oder sozialstrukturelle Position? Zeitschrift für Soziologie, 32. Jg., Heft 5, 418–434.
- Vobruba, G. 2005: Die Dynamik Europas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vobruba, G. 2009: Die Gesellschaft der Leute. Kritik und Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Vobruba, G. 2010: Gesellschaftstheoretische Grundlagen der Europasozio­logie. Die soziologische Beobachtung der Gesellschaft in der Europäischen Integration. In M. Eigmüller, S. Mau (Hg.), Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 431–470.
- Weidenfeld, W. 2007: Reden über Europa – die Neubegründung des europäischen Integrationsprojekts. In J. Nida-Rümelin, W. Weidenfeld (Hg.), Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien. Baden-Baden: Nomos, 11–28.
- Wobbe, T. 2001: Institutionalisierung von Gleichberechtigungsnormen im supranationalen Kontext: Die EU-Geschlechterpolitik. »Geschlechtersoziologie«, KZfSS-Sonderheft 41, 332–355.
- Wobbe, T. 2007: Die Metamorphosen der Gleichheit in der Europäischen Union. Genese und Institutionalisierung supranationaler Gleichberechtigungsnormen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 59. Jg., Heft 4, 565–588.